

Danziper



Beitung.

No 16869.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interessosten für die sieben-gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Die Thronrede, mit welcher heute der Landtag eröffnet worden ist, vergl. S. 2.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Januar.

Stöcker, Putthamer, Bismarck.

Zu den Gegnern, die Herr Stöcker stets auf seinem Pfade gesunden hat, gesellte sich diesmal bei dem Kampfe um die Waldersee-Versammlung auch die offiziöse Presse und zwischen ihr, und der Stöcker-Partei entbrannte eine Fehde von einer erbitterten und heftigkeit, als wären jene Tage zurückgekehrt, da die „Kreuz-Zeitung“ mit loderndem und vernichendem Hass vom Fürsten Bismarck beeindruckt wurde. Die Fehde neigt sich jetzt ihrem Ende zu, und man kann, bemerkte dazu die „Nation“, nicht verkennen, daß die offiziösen Blätter nicht diejenigen sind, die das Schlachtfeld behauptet haben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wie die „Post“ verstimmen allmählich, während die „Kreuz-Zeitung“ und der „Reichsbote“ siegesbereit ihre Triumphe über einen Gegner feiern, den sie die „offiziöse Presse“ nennen; und während, was noch wichtiger ist, die Bewegung, die Herr Stöcker eingeleitet hat, langsam aber ruhig trok aller offiziösen Blüte ihren Fortgang nimmt. Der Aufruf zu Beiträgen für das Stöcker'sche Werk ist nämlich bereits erschienen. In diesem Duell sind also bis jetzt zweifellos die Stöcker'schen Heerhaufen Sieger geblieben. Aber wer ist der Sieger? Die „Kreuz-Ztg.“ röhrt sich nur, der offiziöse Presse eine entscheidende Niederlage beigebracht zu haben, und verbucht sich nach wie vor in tiefer Demuth vor dem Fürsten Bismarck. Das ist sehr vorsichtig; derjenige würde ebenso vorsichtig handeln, der etwa einem unbehaglichen Lakai, den sein Herr mit einer verleidenden Zurechtweisung geschickt hat, an die Luft setzt, und der dann dem einflussreichen Absender versichert, daß ihm seine Hochachtung und Verehrung und Unterwürfigkeit nach wie vor geltet, daß er dagegen Bediente zu prügeln pflege, die so ungehörige Botchaften übermitteln. Auf die Offiziösen hagelten die Streiche herab; aber diese Offiziösen sind ja nur das fleischgewordene, unter der profanen Menge wandelnde Wort der Mächtigeren! Da ist hr. v. Putthamer, der Machi über die offiziöse Presse hat, und da ist Fürst Bismarck, der den Stempel seiner Eigenart ihr noch häufiger ausdrückt. Ein Sieg über die offiziöse Presse ist deshalb in der Regel nur ein euphemistischer Ausdruck dafür, daß entweder der eine oder der andere dieser beiden Minister den Auktorierem gejogen hat. Wer dies in unserem Falle ist, das ergibt ein sehr einfaches Subtraktionsgesetz. Da Herr v. Putthamer der Versammlung beim Grafen Waldersee seine Gegenwart und seinen höchsten Schutz geliehen hat, so wird er es kaum gewesen sein, der jenen Artikel gegen die „Stöckerie und Muskerie“ inspiriert hat.

Das Resultat ist also klar. Es ist jener Augenblick eingetreten, wo die alte Kreuzzeitungs-Partei, jetzt mit Herrn Stöcker an ihrer Spitze, eine erste und freilich noch gut verdeckte Kraftprobe unternommen hat. Nachdem Fürst Bismarck das reaktionäre Junker- und Pfaffenhum wieder in gesicherter und bequeme Erhebung und ihnen auf den ersten Reihen im Staatskarren Raum geschafft hatte, möchten diese Herren nun auch einmal nach der Leine greifen, um die Pferde ganz nach ihr Phantasie gehen zu lassen. Der Versuch ist nicht unterblieben, obgleich die „offiziöse Presse“ ihr Maßnahmen in gellenden Tönen zu erkennen gegeben hat und obgleich alle Welt weiß, daß Fürst Bismarck es nicht liebt, wenn andere Hände sich lästern nach den Jüngeln regen.

Wie wird der Ausgang sein? Vielleicht zucken die vormäßigen Finger, hariggetroffen, noch einmal zurück; vielleicht hält nach den Erfahrungen, welche die offiziöse Presse gemacht hat, Fürst Bismarck aber auch ein Verhalten für geboten, das so aussieht, als ob seine Fahrkunst nicht besser als durch die Rathschläge des Herrn Stöcker gefördert werden könnte, und dann würden die Insassen des Staatsgefährtes eine Reise antreten, gegen die der bisherige trübselige Zug in das Land der Reaction als wahre Lufffahrt erscheinen müßte.

Prinz Wilhelm und der Antisemitismus.

In dem Streit zwischen der Hofpredigerpresse und der gouvernental-conservativen um die

Person des Prinzen Wilhelm spielt bekanntlich die Behauptung des conservativen „Deutschen Tagbl.“ eine gewisse Rolle. Prinz Wilhelm sei durch die Versuche der Herren Stöcker u. Gen. sein Erscheinen in der Walderseeversammlung zu Ehren der „Stöckerie und Muskerie“ auszubauen, unangenehm berührt worden und habe sich mit Bestimmtheit dahin gewährt: „ich bin kein Antisemit“. Die „D. Tgbl.“ hat wiederholt in Abrede gestellt, daß das „D. Tgbl.“ zu einer solchen Mitteilung autorisiert worden sei. Diesem Widerspruch gegenüber bezog das „D. T.“ sich zunächst auf das Zeugnis von Conservativen. Gegenüber der wiederholten Aufrüttelung aber, seinen Gewährsmann zu nennen, hat das „D. T.“ nichts Ausschlüsse gemacht. Die dem Prinzen Wilhelm zugeschriebene und mit anderen Vorgängen nicht wohl zu vereinbarende Erklärung, wie solche das conservative Blatt berichtet hat, wird man demnach als apokryph ansehen müssen.

Es hat übrigens, schreibt unser Berliner Correspondent, den Anschein, als ob die Versammlung bei dem General v. Waldersee noch ganz anderen Zwecken dienen sollte, als dem, den Bestrebungen der Stadtmission und der Hofpredigerpartei zu dienen.

Die diplomatische Lage.

Der Neujahrsempfang in Petersburg ist verlaufen, ohne jedoch, wie es nach den bisher darüber vorliegenden Nachrichten scheint, zu der erwarteten bedeutungsvollen Kündigung aus dem Munde des Zaren geführt zu haben. Uns liegt hierüber folgendes Telegramm vor:

Petersburg, 14. Jan. (W. L.) Bei dem Neujahrsempfang des diplomatischen Corps unterhielt sich der Kaiser Alexander längere Zeit mit dem deutschen Botschafter General Schweinitz.

Während im übrigen jeder Unbefangene in der vorgeführten Rede des englischen Premierministers Lord Salisbury nichts anderes sehen kann als eine Feststellung der friedlichen Lage, wie solche sich seit den letzten Tagen des Vorjahres herausgebildet hat, ist es auffallender Weise gerade ein offiziöses Organ, welches die Auslastungen des englischen Ministers als geeignet erklärt, „dem Empfinden friedensbegeisterter Optimisten“ einen gewissen Dämpfer aufzuhellen, ein Thema, welches anderweit in ironischen Glossen über das „Börsenvertrauen“ weitergesponnen wird. Lord Salisbury hat sich natürlich nicht im Sinne eines ewigen Friedens“ ausgesprochen, aber, wie die Dinge liegen, verlangt heutzutage kein Vermüthiger mehr, als die Erhaltung des Friedens für die nächste Zeit. Das Weitere wird man eben abwarten müssen; zweifellos aber ist es frivol, das Vertrauen in die gegenwärtige Lage zu erschüttern, weil etwas früher oder später andere Störungen die Oberhand gewinnen können.

Trotzlich muß man annehmen, daß die neuesten Warnungen einen positiven Zweck haben, d. h. daß sie bestimmt sind, eine gewisse Pression auf Russland auszuüben, sei es, damit dasselbe die Zurückziehung der Grenzbesitzungen veranlaßt, sei es, um die russische Politik zu einer Initiative bezüglich der Lösung der bulgarischen Frage zu veranlassen. Aber so wünschenswerth das alles ist, so könnte sich auch hier das Bessere als der Feind des Guten erweisen. Mit anderen Worten: um das Bessere, die Sicherung des dauernden Friedens zu erreichen, wird das vorhandene Gute, die Ausnutzung der zur Zeit bestehenden friedlichen Störung bereitstehen.

Ob und unter welchen Voraussetzungen die Lösung des bulgarischen Imbroglios möglich ist, mag ein für Politiker von Fach sehr interessanter Gegenstand der Erörterung sein. Die gesellschaftliche Förderung der Zwölfsfus ist in die friedlichen Absichten des Kaisers Alexander ist sicherlich nicht das Mittel, die Hindernisse, welche sich der gesetzlichen Regelung der Frage entgegenstellen, zu beseitigen.

Eine merkwürdige Meldung bringt die Wiener Presse. Diese Meldung lautet:

Das System der Fälschungen scheint in den diplomatischen Verkehr übergegangen zu sein. Trotz aller Misserfolge werden immer neue Versuche gemacht, auf dieser Bahn weiter fortzuschreiten. Die Frage der bulgarischen Fälschungen kann jetzt als erledigt betrachtet werden. Ebenso sind die Versuche des russischen „Invaliden“, den Zaren durch angeblich autoritative, in Wahrheit aber gefälschte Darstellungen irrezuleiten, erkannt und

bewegte, geschmackvoll arrangierte Bilder und lustige oder scheinernste Auftritte einander folgen können, bis des Guten dieser Art endlich doch zu viel würde; in allem, was man Entwicklung nennen könnte, ist die Handlung von allen Seiten so unwahrscheinlich wie möglich. Z. B. müßte der Maurenkönig die ganze Gesellschaft schon in der 3. Scene eigentlich kleingehakt haben, nach dem zu schliefen, wie er auftritt. Der Text aber streift hart an die Grenze dessen, was man sich mit Anstand gefallen lassen kann, die Intimitäten des Lendemain und der Ehe dramatisiert mit einer Deutlichkeit der Piction, die nichts zu wünschen übrig läßt, wirken in französischer Sprache und Art wohl wie der perlende flüchtige Schaum vom Becher des Lebens, hier, zu deutlichen Anschauungen in Vergleich freitend und in der wie leider üblich platten Überzeugung, die das Lustige, Jarke und Leichte von den französischen Verben wie Staub von Schmetterlingsflügeln abstreift, schmecken diese Dinge eher wie der Bodenstaub, und selbst männliche Darsteller fühlen sich manchmal veranlaßt, sie durch den Vortrag so gut es eben geht zu mildern. Den Lyriker der „Mamsell Angot“, der einst mit Gounod in Parallele gestellt wurde, und der in der That zeltweise mit ihm die gleiche Popularität auch in Deutschland genoss, bezeugt das Duett der

nach ihrem wahren Werthe beurtheilt worden. Doch scheint das noch nicht alles, was in der jüngsten Zeit unternommen wurde, um den friedliebenden und lohalen Sinn des Zaren durch falsche Vorstiegungen zu täuschen. Ein aktiver russischer Diplomat, dessen Name für Eingeweide kein Geheimniß sein dürfte, bemüht sich in diesem Augenblicke, den Zaren zu der irriegen Annahme zu bewegen, daß die österreichische Regierung auf die Pforte einwirke, um dieselbe zur Anerkennung des Prinzen von Coburg als Fürsten von Bulgarien zu bestimmen. Der russische Diplomat findet seine Weise so in der Umgebung des Zaren die selbe Unterstützung, wie der Fälscher der bulgarischen Aktenstücke und der Verfasser des Artikels im russischen „Invaliden“. Im Interesse des Friedens ist zu wünschen, daß seine Entlarvung eine ebenso vollständige sei, wie diejenige der beiden Vorgenannten. Es ist nothwendig gewesen sei. Das Gleichgewicht des Budgets habe sich nicht durch eine bloße Verminderung der Ausgaben erzielen lassen; es habe sich vielmehr die Nothwendigkeit erwiesen, die Einnahmen ohne Schädigung der Productionskräfte der Bevölkerung zu erhöhen. Die Gesamtheit der in Aussicht genommenen Maßregeln soll die Einnahmen auf 52 Millionen Rubel steigern. Im Budget seien aber nur 30 200 000 Rubel eingesetzt, theils weil einige Maßregeln nicht am Beginn des Jahres in Kraft treten werden, theils weil bei jeder neuen Besteuerung ein gewisser Theil der zu besteuern Gegenstände oft der Besteuerung sich entziehe, endlich weil manche Steuererhöhung den Consumenten einschränken könne.

Aus Sofia ging uns ferner folgende Drahtmeldung zu:

Sofia, 14. Januar. (W. L.) Bei dem gestrigen Neujahrsempfang antwortete Fürst Ferdinand auf die Glückwünsche der Armee, er werde, durch einen heiligen Eid gebunden, niemals seine Sache von derjenigen Bulgariens trennen.

Der preußische Staat.

Im Gegensatz zu der im Reichstage bestehenden Praxis, wonach der Staat für das nächste Finanzjahr sofort bei Beginn der Session vorgelegt wird und der Staatssekretär des Reichstagsamts erst bei der ersten Lesung des Staats-Budgetrechtes hält, wird, wie verlautet, Finanzminister v. Scholz auch dieses Mal den Staat offiziell im Abgeordnetenhaus einbringen und gleich bei dieser Gelegenheit eine Übersicht über den vorjährigen, den laufenden und den nächstjährigen Staat geben. Bis dahin wird man also auch auf die offiziellen Ziffern des Staats warten müssen. Der finanzpolitische Inhalt der Thronrede wird erst an der Hand des Staats eine zutreffende Beleuchtung finden können.

Ausschluß fremder Scheidemünzen.

Der Reichskanzler hat beim Bundesrat beantragt, dasselbe möge auf Grund des Münzgesetzes vom 9. Juli 1875 die Bestimmung treffen, daß vom 1. April 1888 an fremde Scheidemünzen in Zahlung weder gegeben noch genommen werden dürfen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Bundesrat von der ihm gemäß Artikel 13 Ziffer 1 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 gegebenen Befugnis, den Umlauf fremder Münzen gänzlich zu untersagen, verschiedentlich Gebrauch gemacht und die österreichischen und ungarischen Ein- und Zweiguldenstücke, die niederländischen Ein- und Zweiguldenstücke, die niederländischen Halbguldenstücke, die österreichischen und ungarischen Viertelguldenstücke, die finnischen Silbermünzen, die Münzen des Conventionsfusses österreichischen Prägung, eine Anzahl älterer dänischer Münzen und die polnischen Eindritt- und Einsechst-Talarstücke verboten hat. Inzwischen ist das Bedürfnis hervorgetreten, von der dem Bundesrat gegebenen Befugnis in weiterem Umfange und zwar bezüglich der sämmtlichen fremden Scheidemünzen, Gebrauch zu machen. Insbesondere in Elsaß-Lothringen befinden sich Scheidemünzen der Frankenwährung, namentlich die Zehn- und Fünf-Centimesstücke, obgleich sie von den öffentlichen Räumen streng zurückgewiesen werden, vielfach im Umlauf, was zur Folge hat, daß im Kleinverkehr die Rechnung nach „Sous“ gebräuchlich ist, und daß auch der Geschäftsverkehr der Kaufleute sich gegenwärtig noch der Frankenwährung bedient. Beihufs Beseitigung derartiger Mißstände und zur Verhütung der von einer Einbürgerung geringwertiger ausländischer Münzen zu befogenden Verluste empfiehlt es sich, die fremden Scheidemünzen jeder Art, mögen dieselben aus Silber, Nickel — mit oder ohne Silberzusatz —, Bronze oder Kupfer geprägt sein, durch ein allgemeines Umlaufsverbot vom Verkehr auszuschließen.

Der Bericht des russischen Finanzministers zum Budget, der schon gestern kurz telegraphisch erwähnt worden ist, erklärt, die Vermehrung der Ausgaben sei durch die Bedürfnisse der Staatschuld und die erhöhten Auswendungen für Pensionen und Volksaufklärung bedingt. Beim Militäretat hätten sich die Ausgaben im Einklang

mit der friedlichen Politik Russlands vermindernd. Der Überschuß der Einnahmen lasse sich aus der günstigen Wendung der ökonomischen Verhältnisse erklären, jedoch berechtigten diese Verhältnisse nicht zu der allgemeinen Schlussfolgerung, daß die wirtschaftliche Lage endgültig gebessert wäre: es bleibe noch manches zu thun, um durch anhaltende Arbeit und Sparsamkeit die Abschaffung der bestehenden Hemmnisse für den Ackerbau, den Handel und die Industrie sowie verschiedene ungünstige Einwirkungen auf die wirtschaftliche Lage abzuwenden. Die eingetretene Besserung habe die Finanzverwaltung die Pflicht auferlegt, das Deficit zu beseitigen, welches 1887 51 Millionen betragen habe, 1888 aber mit 36 Millionen beispielhaft gewesen sei. Das Gleichgewicht des Budgets habe sich nicht durch eine bloße Verminderung der Ausgaben erzielen lassen; es habe sich vielmehr die Notwendigkeit erwiesen, die Einnahmen ohne Schädigung der Productionskräfte der Bevölkerung zu erhöhen. Die Gesamtheit der in Aussicht genommenen Maßregeln soll die Einnahmen auf 52 Millionen Rubel steigern. Im Budget seien aber nur 30 200 000 Rubel eingesetzt, theils weil einige Maßregeln nicht am Beginn des Jahres in Kraft treten werden, theils weil bei jeder neuen Besteuerung ein gewisser Theil der zu besteuern Gegenstände oft der Besteuerung sich entziehe, endlich weil manche Steuererhöhung den Consumenten einschränken könne.

Zur Sicherung der geheimen Wahl.

Wie aus dem Bericht eines Brandenburger Blattes über die neuliche Rede des Abg. Richter in Brandenburg a. d. ersichtlich, hat derselbe gelegentlich der Besprechung der Wahlbeeinflussungen mitgetheilt, daß innerhalb der freisinnigen Partei schon seit längerer Zeit erwogen werde, ob es nicht möglich sei, durch wirksamere Mittel als bisher die Freiheit der Wahl und das Geheimniß der Abstimmung vor aller ververständlichen Spionage zu sichern. Die Aufgabe begegne allerdings manchen Schwierigkeiten. Der frühere Vorschlag, abgestempelte Couverts, in welche die Wahlzettel gestellt werden, biets dem Wähler keine ausreichende Sicherheit vor der Kontrolle von Personen, von denen er abhängig sei. Man könne noch einen Schritt weiter gehen und, wie es in Belgien mit Erfolg eingeführt sei, in jedem Wahllokal einen abgeschlossenen Verschlag herstellen, welchen der Wähler, bevor er an den Wahlzettel zur Stimmabgabe tritt, allein durchpasst, um dort den Stimmzettel, frei von jeder Beobachtung, in das Couvert zu stecken. Mit einem solchen Vorschlag hätten sich die Abg. Dr. Barth, Mundel, Schrader u. a. beschäftigt. Daß die Durchführung auch dieses Vorschlags einige Schwierigkeiten biete, sei nicht zu verkennen. Derselbe verdiente aber eine weitere Prüfung. Man könne nur dringend wünschen, daß auf diesem oder anderen Wegen die Wahlfreiheit und das Geheimniß der Abstimmung besser gewahrt werde, als es bisher möglich gewesen ist.

Anstellung wissenschaftlich gebildeter Lehrerinnen. Dem Abgeordnetenhaus ist jetzt die in der Öffentlichkeit bereits vielfach erörterte Petition betreffend die Anstellung wissenschaftlich gebildeter Lehrerinnen an den Oberkästen der öffentlichen höheren Mädchenschulen und die Errichtung von Anstalten zu deren Ausbildung zugegangen. Die Petition trägt etwa 1500 Unterschriften; davon röhren über 300 von Männern her, etwa 200 von Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen, 60 von Professoren. Außerdem haben eine große Anzahl von Männern aus anderen Berufen unterschrieben. Alle Gesellschaftsklassen sind bei der Petition beteiligt. Die Unterschriften sind etwa zur Hälfte aus Berlin, zur anderen Hälfte aus anderen preußischen Städten.

Der französische Senat.

hielt gestern eine Sitzung ab, nach deren Eröffnung Léon für die Ehre dankte, die man ihm abermals mit der Wahl zum Präsidenten erweisen habe. Eine große Anzahl von Gesetzesvorlagen habe noch keine Erledigung gefunden, lebhafte sei nur zu oft durch die eingetretene Ministerwechsel verzögert worden. Er hoffe, daß die Regierung von dem guten Willen des Senats Gebrauch machen und daß der Senat seine Controle-Rechte mit derjenigen Wachsamkeit und Festigkeit ausüben werde, die ihm nach seinen constitutionellen Prärogativen

Neuvermählten, auch jenes zwischen Mourouk und Girofia, und einiges andere. Von der Feinheit der „Theeblume“ ist in Instrumentation, Rhythmus und Melodie das Trinklied auf den Pur, wohl das musikalisch beste Stück der Operette; es hat eine gewisse Familiärheit mit dem Chorlied auf die Cigarette in „Carmen“. Champagner, Porter, Apfelwein hat die Oper besungen, abgesehen von allen Hymnen auf den Wein, warum sollte die Operette nicht den Punsch feiern, oder die blau brennende Boule? Im übrigen erinnert die Lecocq'sche Musik in „Girofle-Girofia“ nur zu oft an ein anderes Rund als das des Theaters.

Frau v. Weber in der Titelrolle brachte es fertig, die Girofia das eine Mal, wo sie erscheint, doch mit einem anderen Charakter zu geben, als die Girofia, sorgfältig wie immer hierauf wahrnehmend; sie verstand es, sogar aus ihrem Gesicht ein dummes Gesicht zu machen und führte die Rolle mit aller Feinheit durch, die ihr abzugewinnen ist; ihr Vortrag des Punschliedes hob diese eine Perle mit glücklichem Griff heraus und mimisch war sie als betrunkenen Doppelbraut — eine Idee, die eben nur ein Franzose wagen kann — unvergleichlich. Herr Schnelle gab den Marasquin in gehäuslichem Kostüm, mit seinem bekannten guten Humor und frischen Stimmlänge, Herr

Grahm wurde als Sänger des Mourouk jedem Wunsche gerecht und spielte ihn ausgezeichnet, Herr Bing wande seine seine und lebendige Virtuosität an den Bolero, in jedem Augenblick unterhaltsend. Frau Director Rosé gab die Aurora Kantippe mit ihrem bewährten Geschick für diese Aufsicht erhebenden Rollen, Fr. Romorowska wagte sich als Paquita mit bestem Erfolge aus den Reihen des Chores hervor, in welchem wir sie sonst zu sehen gewohnt sind, und Fräulein Robinson entledigte sich mit sicherem Geschick, auch mannigfaltiger als sonst spielend, ihrer Aufgabe als Pedro. Die Chöre, unter denen der Banditenchor der am meisten charakteristische ist, gingen flott und sicher und die Meisterhand des Herrn Director Rosé hatte in scheinbarer Belebung für einen jederzeit prompten Gang der Aufführung und eine farbenprächtige und reiche Ausstattung der Bilder gesorgt, so daß das Auge dem Ohr gut zureden und den Verstand über die Unmöglichkeit des Ganzen täuschen möchte, und wir auch diesmal, ohne Herrn Kapellmeister Gerasch zu vergessen, von einer voll gelungenen Aufführung zu berichten.

C. F.

zukämen und welche das Land von dem Patriotismus des Senats erwarte. Im Laufe der Sitzung wurde eine große Anzahl der neuen Senatswahlen ohne Debatte für gültig erklärt.

Griechenland und die Pforte.

Wie man aus Konstantinopel meldet, wird die aus der Übereinstimmung des beiderseitigen abwehrenden Interesses in Macedonien hervorgegangene Erwärmung der türkisch-griechischen Beziehungen von türkischer und griechischer Seite als im Fortschreiten begriffen dargestellt. Es heißt in griechischen Kreisen, daß bei einem Pariser Juvelier eine kostbare Decoraion hergestellt werde, welche dem Sultan seitens des Königs Georgios ehestens in Erwiderung des Imtiaz-Ordens überendet werden soll.

Deutschland.

W. T. Berlin, 13. Januar. Der Bundesrat verhandelte in der am 12. d. Ms. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung über eine Eingabe betreffend die behufs Erlangung eines amerikanischen Patents vor einem deutschen Gericht abgeleisteten Eide, sowie über mehrere Eingaben wegen Abänderung der Kranken- und Unfallversicherungs-Gefälle. Dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzbürgte wurde in unveränderter Fassung die Zustimmung erteilt. Von der Zusammensetzung der Geschäfte des Bundesamts für das Heimathwesen im Geschäftsjahr 1886/87 und von der Denkschrift betreffend die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, sowie dem dazu vom Reichstage gefassten Beschlusse nahm die Versammlung Kenntnis, erklärte sich mit der bereits erfolgten Überweisung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen über das Theilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Liegenschaften an die Auschüsse für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen einverstanden und über gab die Vorlage betreffend die weitere Ausprägung von Kronenstücken, den in erster Leistung festgestellten Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs, den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über das Straftatverfahren und den Antrag Badens betreffend den Veredelungsverkehr mit gefärbten Seidenähnlichkeiten den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung.

* Berlin, 13. Jan. Schon öfters ist seitens unseres Cultusministeriums der Grundsch ausgeprochen worden, daß die Einrichtung, nach welcher das Schulgeld einen Theil des Diensteinkommens der Lehrer bildet, unzweckmäßig und unangemessen sei, daß vielmehr darauf gehalten werden solle, das Schulgeld in die Schulkasse einzubeziehen und aus dieser dem Lehrer ein Fikum zu gewähren. Anlässlich eines speciellen Vorkommisses hat nun der Cultusminister eine Entscheidung getroffen, nach welcher für den Fall, daß die Lehrer vorbehaltlos auf alle Ansprüche gegen die Schulgemeinde verzichten, welche über das hinausgingen, was die vorgesetzte Schulaufsichtsbehörde als angemessenes Aequivalent für die Befestigung des persönlichen Dienstes des Schulgeldes festsetze, eventuell auch gegen den Widerspruch des Schulvorstandes die Einrichtung, nach welcher das Schulgeld einen Theil des Diensteinkommens der Lehrer bildet, abzuschaffen sei.

* [Über den Kronprinzen] wird der „M. 3.“ geschrieben: Wenn der jetzige Zustand noch etwa 6 Wochen andauert, kann auf Eintritt der Convalescenz gerechnet werden. Die drei den Kronprinzen täglich beobachtenden und behandelnden Ärzte stehen in ununterbrochenem Ideenaustausch sowohl mit Dr. Mackenzie, wie mit heimischen Autoritäten, und erfreutlich ist, daß die Ansichten aller über die Natur des Leidens mehr und mehr einen einheitlichen Ausdruck gewinnen.

Die Möglichkeit des Vorhandenseins bösartiger Substanzen ist niemals außer Acht gelassen worden, und hiernach hat auch die Behandlung sich eingerichtet, die selbstredend die denkbare sorglose bleibt. Allein so liegen die Dinge für jetzt, daß auf Grund ernstester Erwägungen wie minutiöser Untersuchungen eine drohende Gefahr nicht mehr in Rede steht. Ein bösartiges Leiden hätte längst die physische Kraft des Patienten derartig geschwächt, daß er heute nicht mehr im Stande wäre, Berge zu besteigen, mehrstündige Spaziergänge zu unternehmen und in bester Stimmung geistig thätig zu sein.

* [Graf Herbert Bismarck] wird sich, wie man hört, in diesen Tagen zum Reichs-Kanzler nach Friedrichsrück begeben, dessen Besinden, entgegen anderweitigen Mittheilungen, als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen ist.

* [Staatssekretär Jacobi.] Wie der „Post“ berichtet wird, steht der Rücktritt des in Wiesbaden weilenden Staatssekretärs Dr. Jacobi noch in keiner Weise fest, im Gegenteil ist Hoffnung auf völlige Wiederherstellung vorhanden. Sein Besinden hat sich schon in erfreulicher Weise gebessert und dürfte nach noch einigen Wochen Aufenthalt in Wiesbaden ganz gut werden.

* [In den Gouverneurstellen von Metz und Straßburg] steht ein Wechsel bevor. Der derzeitige Gouverneur von Straßburg — der als sehr tüchtiger General bekannte Gouverneur Verdi du Vernois — soll die Gouvernementsgeschäfte von Metz, als des exponirtesten Punktes von Deutschland, übernehmen, während in seine Stelle ein anderer General treten soll.

* [Russische Repressalien.] Nach Nachrichten, die, wie die „Frei. 3.“ schreibt, ein aus Russland soeben zurückgekehrter Fachmann überbracht hat, wird dort eine völlige Umgestaltung des Prämien-Systems für Spiritus beabsichtigt, derart, daß künftig eine Ausfuhrprämie von nicht weniger als 1½ Rubel auf den Wedro Spiritus bezahlt wird. Ein Wedro ist = 12 Liter. Eine solche Ausfuhrprämie würde die russischen Spiritusproducenten in den Stand setzen, ihren Spiritus nahezu unentbehrlich an das Ausland abzugeben und damit dem deutschen Spiritus eine geradezu vernichtende Concurrenz zu bereiten. Die bezüglichen Maßnahmen sollen schon binnen Monatsfrist ins Werk gesetzt werden, weil Russland darauf brennt, sich an Deutschland für die soeben stattgehabten Erhöhungen der Kornzölle zu rächen. Die russische Landwirthschaft müsse, so heißt es dort, einen Erfolg erhalten für die erschwernde Betriebeideinfuhr nach Deutschland.

* [Die „Post“ gegen Göcker.] Anknüpfend an eine Mittheilung, wonach Herr Göcker im Lande verhaftet, schreibt die „Post“: „... daß Demonstrationen dieser Art in der jehigen Zeit besonders unangebracht sind, und zumal wenn sie von einer Seite ausgehen, welche ohnehin der Vorwurf trug, den Prinzen Wilhelm in tendenziöser, von dem-

selben in der Antwort an die Hosprediger scharf zurückgewiesener Weise auf Kosten seines erlauchten Vaters in den Vordergrund zu schieben. Auch das hat schon zu Missdeutungen äußerst unerfreulicher Art Anlaß gegeben, und es sollte fürwahr jeder weiterer Anlaß nach dieser Richtung vermieden werden. Ohnehin hat das, was in den letzten Wochen von clerical-conservative Seiten geschehen ist und noch immer geschieht, die Zukunftsaussichten der freisinnigen Partei und zwar nach allen Richtungen in der denkbar kräftigsten Weise gefordert.

Die Angst vor der Zukunft der Freisinnigen — das ist des Pudels Kern?

Breslau, 12. Jan. [Noch lange nicht genug.] In der General-Versammlung des schlesischen Bauernvereins berichtete nach der „Neisser Ztg.“ Herr v. Schalcha-Frohnau über die Zoll erhöhungen für Getreide und sprach seine Meinung dahin aus, daß der Zoll von 5 Mk. bislang eine Erhöhung der Getreidepreise nicht gebracht habe und auch nicht bringen werde. Wenn die Zölle seither nichts genutzt haben, so liege das daran, daß man sich gefürchtet habe, energisch durchzutreifen. Wenn man eine nicht gesalzene Suppe genießbar machen wolle und ein paar Körnchen Salz hinzutue und dann, wenn die Wirkung gleich Null sei, wieder ein paar Körnchen und noch keinen Erfolg verspiere, so müsse man die Dosis so erhöhen, daß man ihn habe. So sei es auch mit dem Zoll. Wie viel Körnchen Salz à 5 Mk. würden wohl nötig sein, um den Agrariern die Suppe schmeckhaft zu machen? (Bresl. M.-J.)

Frankreich.

* [Ein Besuch bei O'Dann.] Ein Mitarbeiter des Pariser „Petit Journal“ will den angeblichen preußischen Spion O'Dann im Gefängnis besucht und eine fünfstündige Unterredung mit ihm gehabt haben, über die er seinem Blatte ausführlich berichtet. Die Angaben jenes wunderlichen Abenteurers sind für uns unkontrollierbar, scheinen auch in einzelnen Stücken mehr als unwahrscheinlich. Doch berühren sie Thatsachen, die uns Deutsche mehr angehen; und es müßte interessant sein, wenn festgestellt werden könnte, wie viel an O'Danns Erzählung wahr und wie viel fiktiv geschichte ist. Wie erinnerlich, wurde Anfang 1886 in Spandau ein Exemplar des damals ganz neuen Repetiergewehrs gestohlen. O'Dann, der zu der Zeit in Paris, angeblich als Sprachlehrer lebte, erzählt darüber Folgendes:

„Im Januar 1886 erhielt ich von einem meiner ehemaligen Kameraden in Berlin einen Brief, in welchem er mir die Ankunft einer Liste mit militärischen Fachschriften angezeigt und mich bat, den Frachtbrief dem Hauptmann Zimmer, Adjutanten des Obersten Vincent, dem ich Unterricht gab, einzuhändigen. Um die Sache gut zu machen, ging ich selbst auf den Bahnhof, wo die Liste von der Zollbehörde visitirt wurde. Statt der angekündigten Bücher enthielt sie aber ein deutsches Repetiergewehr. Ich ließerte die Liste dem Hauptmann Zimmer nicht aus und schrieb zurück, solche Aufträge wären nicht meine Sache. Das Gewehr ist noch in meiner Genseiter Wohnung, wie die deutsche Militärbehörde wohl weiß, denn ich hatte den preußischen Ariegsminister durch den Militärattaché, Frhrn. v. Huene, benachrichtigen lassen. O'Dann will von dem damaligen Ariegsminister Boulanger das Anerbieten von 10 000 Franken erhalten haben, damit er das Gewehr ausliefern.“

O'Dann, der sich für einen irischen Agitator ausgibt, behauptet, Rowler habe ihn festsetzen lassen, um England gefällig zu sein, und klagt bitterlich über die Undankbarkeit der französischen Regierung.

England.

London, 10. Jan. [Die Leichen zweier Bourbons.] Fast zur selben Zeit, da die Gärge der Napoleoniden sich auf der Bahn von Chislehurst nach Farnborough befanden, wurden die Gärge von zwei Mitgliedern einer gegerischen Dynastie an Bord eines Dampfers zur Überfahrt nach Hamburg geschafft. Es handelt sich um die sterblichen Überreste Don Juans von Bourbon, des Vaters von Don Carlos, der jüngst in Brighton starb, und seiner Mutter, der Donna Maria Francisca von Bourbon und Braganza, welche seit ihrem Tode im Jahre 1834 in der katholischen Marienkirche zu Gosport ruhte. Der Kaiser von Österreich gab die Erlaubnis zu ihrer Beisetzung in der Kathedrale von Triest, wo schon fünf Familienmitglieder, unter ihnen der erste Don Carlos, bestattet sind. Donna Maria Francisca war dessen Gemahlin, eine Tochter des Königs Johann VI. von Portugal, geboren zu Lissabon im Jahre 1800. Nach ihrer Verheirathung mit jenem Don Carlos entfloß sie über Portugal auf einer englischen Fregatte nach England im Jahre 1834, wo sie schon im Herbst starb, während ihr Gemahl sein Glück in den baskischen Provinzen verlor.

Mit königlichen Ehren ließ die englische Regierung sie in Gosport beerdigen. Als ihre Gärge im Jahre 1882 in eine größere Grube übergeführt ward, fanden sich dessen Purpurdecke und vergoldeter Zierrath vollkommen erhalten, trotz der 42-jährigen Abgeschlossenheit; ganz im Gegensatz zu den Gärgen der Napoleoniden, deren Blumen und Decken schon nach zwölf Jahren vermoderten. Von Hamburg aus werden jene Gärge über Berlin und Wien nach Triest abgehen.

Italien.

P. [Trauerfeier auf dem Todtenfelde von Ghati.] Nach einer uns aus Rom zugehenden Mittheilung gilt in dortigen militärischen Kreisen die Wiederbefreiung von Ghati durch die italienischen Truppen vor dem 25. d. M. für wahrscheinlich. An diesem Tage jährt sich der zwischen Italienern und Abessiniern 1887 stattgehabte Zusammenstoß und es soll für die gefallenen Italiener auf dem Kampffelde eine Trauerfeier veranstaltet werden.

Rom, 13. Januar. Der Papst empfing heute den außerordentlichen Gesandten des Königs von Württemberg in feierlicher Audienz. — Der außerordentliche Gesandte des Großherzogs von Baden erhielt vom Papst das Großkreuz des St. Gregorius-Ordens. — Die deutschen Pilger unter Führung des Fürsten Löwenstein wird der Papst nächste Woche empfangen. (W. T.)

Rom, 12. Januar. Wegen Unterzeichnung der clericalen Petition wegen Rückgabe Roms an den Papst sind weitere drei Bürgermeister in Gardinen und ein Lehrer in Udine abgesetzt worden. (Franks. Itg.)

Dänemark.

* Das dänische Justizministerium hat die Verbrennung von Leichen in dem zu diesem Zwecke in Apenhagen erbauten „Crematorium“ verboten. Eine Klage des dänischen Vereins für Leichenverbrennung bei dem Hof- und Stadtgericht gegen das Ministerium wegen dieses Verbots ist, nach der „Kreuzig.“ abgewiesen worden, weil die Verbrennung der Leichen nicht gesetzlich sei.

Schweden.

* Den „Samb. Nachr.“ wird aus Stockholm gemeldet, daß Prinz Oskar, der zweite Sohn des Königs, sich mit Frau Ebba Munck, ehemaliger Hofdame der Kronprinzessin, demnächst verloben wird.

Asien.

* In China fand dem „Standard“ zufolge in der Provinz Fu Jen ein Aufstand statt, wobei über zwanzig christliche Kirchen zerstört und eine große Anzahl christlicher Chinesen ermordet sein sollen.

Afrika.

* [Der australischen Föderation] haben sich bekanntlich außer Neuseeland die wichtigsten Colonien auf dem australischen Kontinente selbst, Süd-Australien und Neu-Südwales, noch nicht angelassen. Der australische Bundesrat wird nun am 16. in Hobartown, der Hauptstadt der Insel Tasmanien, zusammenentreten, um zu berathen, wie der Anschluß der noch außerhalb des Bundes stehenden drei Colonien erzielt werden kann.

Eröffnung des Landtages.

Die Thronrede, mit welcher heute (Sonnabend) Mittags der preußische Landtag durch Minister v. Puttkamer eröffnet wurde, lautet nach unserer telegraphischen Meldung wie folgt:

„Erlaucht, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Sorge um seine kaiserliche und königliche Hoheit unsern heuren Kronprinzen hat Seine Majestät den Kaiser und König, sein Haus und unser gesammtes Volk noch nicht verlassen. Aber unsere Hoffnung auf Genesung bleibt bestehen, und wir fahren fort, Gott um die Erhörung aller zu ihm für den erlauchten Kranken emporsteigenden Fürbitten anzustehen.

Die Finanzlage des Staates hat sich günstiger gestaltet, als erwartet werden konnte. Schon das Ergebnis des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahrs vom 1. April 1886/87 hat die Voraussetzungen des Vorabliches erheblich übertrroffen. Während bei Feststellung des Staatshaushaltsets für das genannte Jahr sich die Ergänzung der Einnahmen durch eine Anleihe von rund 12 Mill. Mk. nötig zeigte, um den Ausgabebedarf zu decken, haben sich die finanziellen Verwaltungsresultate des Jahres in Folge von Mehreinnahmen und beträchtlichen Minderausgaben von im ganzen um rund 32 Millionen Mark besser, als veranschlagt war, herausgestellt. In solcher Höhe hat daher den Bestimmungen des Eisenbahngarantiegesetzes gemäß noch in der Rechnung eben dieses Jahres eine Mehrausgabe behufs Tilgung der Staatschuld in Form der Verrechnung auf bewilligte Anleihen gemacht werden können und müssen. Noch günstiger scheint sich das Ergebnis des laufenden Rechnungsjahrs vom 1. April 1887/88 zu gestalten. Während bei Feststellung des Staatshaushaltsets für dasselbe zur Deckung des Ausgabebedarfs eine Anleihe von mehr als 40 Millionen Mark notwendig erschien, lassen die bis jetzt vorliegenden finanziellen Verwaltungs-Resultate hoffen, daß wiederum hervortretende Minderausgaben, überwiegend jedoch namhafte Mehreinnahmen bei der Staats-Eisenbahn-Verwaltung, sowie Mehrüberweisungen vom Reich im ganzen einen Überschuss ergeben werden, welcher denjenigen des Vorjahrs noch beträchtlich übersteigen und auch durch die entsprechende Anwendung der Vorschriften des Eisenbahn-Garantiegesetzes in der Rechnung des laufenden Jahres nicht erschöpft werden wird.

Die hierin wahrnehmbare erfreuliche Entwicklung der eigenen Hilsquellen des Staates und die Erfolge der im Jahre 1887 endlich möglich gewordenen Weiterführung der Reichssteuerreform lassen, sofern nicht unberechenbare Ereignisse störend dazwischen treten, für die kommenden Jahre die Wiedergewinnung und Erhaltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben des Staates auch bei freier Bewegung als bisher gesichert erscheinen. Gleichwohl hat die Staatsregierung es für ihre Pflicht gehalten und sich angelegen sein lassen, den Ausgabebedarf des nächsten Jahres, wie in den vorausgegangenen Jahren, auf allen Staatsverwaltungsgebieten mit Sparsamkeit und thunlichster Zurückhaltung zu bemessen und die darüber hinaus verfügbaren Mittel zusammen zu halten, um zwar schrittweise und vorsichtig, aber doch wirksam und sicher an die weitere Lösung der Aufgaben herantreten zu können, welche, so groß gegenüber der bisherigen Finanzlage, ihrer Dringlichkeit und allseitiger Anerkennung ungeachtet, immer wieder vertagt werden mussten.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom 9. März 1874 bestimmte Erlass eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvoller Erfolg gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom 9. März 1874 bestimmte Erlass eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvoller Erfolg gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom 9. März 1874 bestimmte Erlass eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvoller Erfolg gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom 9. März 1874 bestimmte Erlass eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvoller Erfolg gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom 9. März 1874 bestimmte Erlass eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvoller Erfolg gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landeswäterlichen Herzen Seiner Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse. Der in dem Civilstandsgezog vom

Berliner Fondsbörse vom 13. Januar.

Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, aber eher etwas besseren Zahlen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Lendenzmeldungen laufen wieder großer Zurückhaltung, so daß sich Geschäft und Umstöße in sehr engen Grenzen bewegen. Auch im weiteren Verlaufe des Verkehrs blieb die Stimmung stets fest, ohne daß das Geschäft an Regiamkeit gewann; erst gegen Schluss machte sich der allgemeine Geschäftsunlust gegenüber einer kleinen Abschwächung geltend. Der Kapitalmarkt bewahrte gute Fähigkeit für heimische solide Anlagen, und fremde, feste Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand gut behaupten und teilweise etwas aufbessern. Die Kassawerte der übrigen Geschäftswerte hatten

bei ziemlich fester Gesamthaltung mäßige Umsätze für sich. Der Privatborsen wurde mit 1½ % notiert. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien mit ungewöhnlichen Schwankungen ruhig um; Franzosen und Lombarden waren seit aber wenig lebhaft, auch andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Dur-Bodenbach lebhafter. Von den fremden Fonds waren russische Anleihen anfangs fester, später abgeschwächt, ungarnische Goldrente und Italiener behauptet. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen fest und in normalem Verkehr. Bankaktien ziemlich fest und ruhig. Industriepapiere fest und vereinzelt lebhafter; Montanwerthe behauptet, aber sehr ruhig. Inländische Eisenbahnactien zumeist fest.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.80
do. do.	3½	100.70
Konsolidirte Anleihe	..	107.00
do. do.	3½	101.00
Staats-Schuldscheine	..	100.20
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	103.75
Westpr. Prov.-Oblig.	4	103.75
Landish. Centr.-Pfdbr.	4	101.50
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	98.50
Posener Pfandbriefe	3½	99.40
do. do.	4	102.25
Posenl. neue Pfdbr.	4	98.70
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	98.50
Posener Rentenbriefe	..	104.25
Posenl. do.	..	104.25
Preußische do.	..	104.25

Russ. 3. Orient-Anleihe	5	53.00	
do. Stieg. 5. Anleihe	5	54.50	
do. do. 6. Anleihe	5	66.35	
Ruh.-Polit. Schatz-Obl.	4	83.75	
Poln. Liquidat. Pfdbr.	4	49.50	
do. do.	5	—	
Italienische Rente	..	5	94.90
Romanische Anleihe	..	6	104.60
Türk. Anleihe von 1866	1	—	
Germanische Gold-Pfdbr.	5	82.80	
do. Rente	5	78.50	
do. neue Rente	5	79.75	

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	137.00
Bayer. Prämien-Anleihe	4	137.25
Braunschw. Pr.-Anleihe	4	95.90
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105.00
Hamburg. 50l. Coote	3	136.50
Röhl.-Mind. Pr.-G.	3½	132.00
Lübeck. Präm.-Anleihe	3½	126.00
Doßl. Coote 1854	4	109.60
do. Coote von 1860	5	288.50
do. Coote von 1864	5	288.75
Oldenburger Coote	3	129.00
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	147.00
Raab. 100l. Coote	4	96.50
Ruf. Präm.-Anl. 1864	5	151.00
do. do. von 1866	5	136.25
Ung. Coote	—	209.40

Hypothen-Pfandbriefe.

Dans. Hypoth.-Pfdbr.	3½	—
do. do. do.	3½	—
Itali. Gründl.-Pfdbr.	4	101.50
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102.00
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	101.80
Kord. Gründl.-Pfdbr.	4	101.60
Pomm. Hyp.-Pfdbr.	3	114.30
2. u. 4. Em.	4½	109.50
2. Em.	4½	105.75
do. do.	4	102.25
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	115.10
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	115.00
do. do. do.	4½	112.00
do. do. do.	4	102.80
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	101.90
Marienb.-Milanha-G.	100.00	3½
do. do. Gt.-Pr.	52.60	1/4
Nordhausen-Erfurt	—	—
do. do. do.	107.40	5
Ostpreuß. Elbgeb.	69.50	—
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103.50
do. do.	4½	106.40
Gaol-Bahn Gt.-Pr.	51.25	—
do. do.	102.70	—
Pomm. landbischfl.	105.50	4½
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	89.50
do. Rente	5	85.25
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	92.25
do. Rente	1884	5
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	85.25
Russ. Central-do.	5	53.30

Ausländische Fonds.

Doßl. Goldrente	4	98.50
Doßl. Papier-Rente	5	74.60
do. do.	4½	63.10
do. Silber-Rente	4½	64.90
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	100.00
do. Papierrente	5	66.60
do. Goldrente	4	78.20
Engl. Ost-Pr. 1. Em.	5	76.00
do. do.	1871	5
do. do.	1872	5
do. do.	1873	5
do. do.	1873	4½
do. do.	1873	4½
do. do.	1877	5
do. do.	1880	4
do. Rente	1883	5
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	106.30
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	92.25
do. Rente	1884	5
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	53.30

Hypothen-Pfandbriefe.

Dans. Hypoth.-Pfdbr.	3½	—
Itali. Gründl.-Pfdbr.	4	101.50
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102.00
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	101.80
Kord. Gründl.-Pfdbr.	4	101.60
Pomm. Hyp.-Pfdbr.	3	114.30
2. u. 4. Em.	4½	109.50
2. Em.	4½	105.75
do. do.	4	102.25
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	115.10
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	115.00
do. do. do.	4½	112.00
do. do. do.	4	102.80
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	101.90
Marienb.-Milanha-G.	100.00	3½
do. do. Gt.-Pr.	52.60	1/4
Nordhausen-Erfurt	—	—
do. do. do.	107.40	5
Ostpreuß. Elbgeb.	69.50	—
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103.50
do. do.	4½	106.40
Gaol-Bahn Gt.-Pr.	51.25	—
do. do.	102.70	—
Pomm. landbischfl.	105.50	4½
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	89.50
do. Rente	5	85.25
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	92.25
do. Rente	1884	5
Russ. Central-do.	5	53.30

Ausländische Prioritäts-Aktionen.

1. Jinsen vom Staate gar. Div. 1886.	5	128.20
Bank- und Industrie-Aktionen.	—	120.50
Gallier	3½	4½
Gothaerbahn	119.20	3½
Königr. Kurbahn	122.20	4½
Lüttich-Limburg	14.10	—
Deister. -Frank. Et.	—	3½
Lübeck. -Barb. Bahn	—	4
Doßl. Nordwestbahn	—	3½
Leichen.-Barb. Bahn	60.75	3½
Ruhr. -Güterbahnen	116.70	—
Siemens & Halske	121.75	6½
Silber. -Güterbahnen	57.20	—
Swiss. Union.	32.10	2½
Wels. -West.	34.60	—
Güdel. -Lombard.	138.00	15

Bank- und Industrie-Aktionen.	—	120.50
Berliner Rassen-Verein	120.50	4½
Berliner Handelsge. B.	153.25	9
Berl. Pro. u. Hand.-A.	92.00	4½
Bresl. Diskontobank	89.70	5
Bremen. Bank	132.00	10
Darmstädter Bank	14.10	—
Danziger Privatbank	154.10	7
Deutsch. Genossensh. B.	121.75	6½
Doßl. Güterbahnen	163.90	9
Effecten u. W.	117.25	8
Reichsbank	133.80	5,29
Siemens & Halske	102.50	5
Siemens & Halske	192.00	10
Siemens & Halske	121.00	6½
Siemens & Halske	101.00	6½
Siemens & Halske	109.20	5½